



*Ihre
Zukunft*

Herzlich willkommen in der Zukunft -Ihrer Zukunft-

Haben Sie sich schon einmal gefragt, wie unser Morgen aussieht, wenn wir nicht nur zuschauen, sondern aktiv anpacken? Dafür stehen wir von der AfD Cloppenburg-Vechta. Zwischen Haushaltsplänen und Baustellenlärm, zwischen grünen Mooren und digitalen Klassenzimmern liegt ein Plan, der weit mehr ist als nur eine bloße Liste von Paragraphen.

Dieses Programm versteht sich nicht als trockenes Regelwerk, sondern als lebendiger Fahrplan für unser Miteinander. Wir haben uns intensiv Gedanken darüber gemacht, wie wir die großen Fragen unserer Zeit – von der Wirtschaftskraft bis hin zum Klimaschutz – so beantworten können, dass die Lösungen direkt bei Ihnen zu Hause am Küchentisch positiv ankommen.

Was Sie auf den nächsten Seiten erwartet, ist ein Dreiklang aus Fundament, Wachstum und Vision:

Wir zeigen auf, wie wir Familien stärken und dafür sorgen, dass Sie sich in Ihrer Stadt sicher und medizinisch gut versorgt fühlen. Gleichzeitig beweisen wir mit Weitblick, warum eine starke Wirtschaft, der Schutz unserer Moore und eine moderne Mobilität keine Gegensätze sein müssen, sondern gemeinsam unsere Lebensqualität steigern. Dabei ist es uns wichtig, das Thema Schule neu zu durchdenken und Ihnen durch echte Bürgerbeteiligung genau den Platz am Entscheidungstisch zu geben, der Ihnen zusteht.

Wir laden Sie herzlich ein: Blättern Sie durch, lesen Sie quer und entdecken Sie, wo Ihre persönlichen Interessen zu unseren gemeinsamen Zielen sein werden.

Denn am Ende geht es um nichts Geringeres als den Ort, den wir alle stolz unsere Heimat nennen.

INHALTE :

1. **Familie & Soziales**
2. **Wirtschaft & Finanzen**
3. **Klima & Umwelt**
4. **Moore & landwirtschaftliche Flächen**
5. **Migration & Integration**
6. **Bildung & Schule**
7. **Kultur**
8. **Verkehr & Bahn**
9. **Öffentliche Sicherheit & Ordnung**
10. **Bauen & Wohnen**
11. **Gesundheit & medizinische Versorgung**
12. **Bürgerbeteiligung & direkte Demokratie**
13. **Städtische Betriebe & Verwaltung**

Soziales & Familie

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das ist das familienpolitische Grundverständnis unserer Partei. Selbstverständlich akzeptieren wir auch alle anderen Lebensentwürfe. Wir lehnen es aber ab, dass diese Ausnahmen besonders hervorgehoben werden. Völlig inakzeptabel ist es, all dies schon im Kindergarten zu thematisieren und bei den Kleinsten die Ausnahme als normal zu vermitteln, wie es Altparteien, Gewerkschaften und viele andere Akteure bereits praktizieren.

Die Familie ist darüber hinaus ein wichtiger Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft.

Bezahlbare Krippenplätze

Krippenplätze müssen auch für die unfreiwillig am Rande der Gesellschaft lebenden Familien bezahlbar sein. Sie dürfen bei plötzlichen unvorhergesehenen Mehrbelastungen nicht zu einem finanziellen Problem werden und zu noch mehr Ausgrenzung der betroffenen Familien führen.

Erziehung ist Kernaufgabe der Eltern

Auch die Art der Erziehung der Kinder ist Teil der kulturellen Tradition. Wir sehen auch in unserer überlieferten und sich im Laufe der Zeit langsam verändernden Art und Weise der Erziehung und des Umgangs mit Kindern einen kulturellen Wert.

Kinder sind eine Bereicherung für das eigene Leben. Gleichzeitig sind sie auch als Leistung für die Gesellschaft anzuerkennen. Denn nur mit – genügend – Kindern kann unsere Gesellschaft langfristig überleben.

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Kinder zu erziehen, sondern das ist und bleibt die wichtigste und ursprünglichste Aufgabe der Eltern. Der Staat hat lediglich einen Bildungsauftrag, aber keinen Erziehungsauftrag.

Mütter wertschätzen

Wir setzen uns für eine deutliche Aufwertung der gesellschaftlichen Bewertung der Mutterrolle ein. Die Leistung der Mütter für unsere Gesellschaft wird vielfach zu wenig gewürdigt und kann gar nicht genug geschätzt werden.

Die familiennahe Betreuung ist ein Recht der Eltern.

Weichenstellungen, die eine Bevorzugung der öffentlichen (staatlichen) Kinderbetreuung anstreben, lehnen wir ab.

Wir stehen für echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung. Die Familien sollen frei von finanziellen Nöten entscheiden können, ob sie sich selbst zu Hause um ihre Kinder kümmern oder sie diese in einer wohnortnahen Krippe unterbringen wollen.

Sozialbetrug verhindern

Parallel fordern wir, dass Sozialbetrug, der z. B. durch vorgetäuschte, verschwiegene Sachverhalte oder durch Mehrfachmeldungen begangen wird, endlich konsequent verfolgt und bestraft wird sowie durch entsprechende Kontrollen und Arbeitsabläufe weitestgehend ausgeschlossen wird.

Ehrenamt

Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich für die Gesellschaft einsetzen, verdienen dafür Anerkennung. Das kann auf vielerlei Arten geschehen und kann für den Einzelnen, für eine Gruppe oder für ganze gesellschaftliche Gruppen entwickelt werden.

Finanzielle Unterstützung gehören in die jeweiligen Vereine und Verbände, und nicht in die Verwaltung von Ehrenamtsbüros und angestelltem Personal.

Wirtschaft & Finanzen

Schulden abbauen

Haushaltskonsolidierung ist für uns ein Muss in den Kreisen Cloppenburg u. Vechta. Nur so können die zukünftige Handlungsfähigkeit und die Vermeidung zukünftiger Steuererhöhungen sichergestellt werden. Zu hohe Steuersätze und überbordende Bürokratie entmutigen Unternehmer und Gründer.

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer bestraft den fleißigen, ehrlichen und erfolgreichen Unternehmer. Leistung lohnt sich kaum noch, wenn derjenige, der Gewinn macht, abgestraft wird und kaum noch Kapital für Investitionen oder Reserven für schwierige Zeiten gebildet werden können. Hohe Steuersätze und überbordende Bürokratie entmutigen Unternehmer und Gründer.

Wir möchten die Hebesätze zur Gewerbesteuer und Grundsteuer senken, um den Unternehmen und dem Bürger bei der Bewältigung der Folgen von Mehrkosten durch teure Energien zu helfen. Kleine und mittlere Unternehmen müssen deutlich entlastet werden. Nur so kann deren Überleben gesichert werden und das liegt im langfristigen Interesse der Landkreise Cloppenburg und Vechta.

Mit großzügigen und durch Schulden finanzierten Zuschüssen von Bund und Land wird die reale Finanzsituation der Kreise verschleiert.

Zurückhaltung bei den Ausgaben, insbesondere bei neuen Haushaltspositionen, ist daher angebracht.

Ausgaben begrenzen bzw. reduzieren

Die Erfahrung zeigt, dass ein Haushalt selten über zusätzliche und neue Einnahmequellen ausgeglichen wird. Vielmehr wecken solche neuen Einnahmen immer neue Begehrlichkeiten in der Verwaltung und bei Interessengruppen.

Der Haushalt kann nur über die Ausgabenseite wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Wir möchten vor allem ein weiteres Anwachsen des Personals in der Verwaltung verhindern.

Besonders möchten wir dabei zusätzlichen unproduktiven und vermutlich gerne mit Parteifreunden besetzten Stellen beim sogenannten Klimaschutz ein Ende setzen.

Millionenbeträge für Prestigeprojekte sind in Zeiten der Haushaltskonsolidierung auf den Prüfstand zu stellen.

Die AfD Cloppenburg - Vechta fordert, die Kreise und Kommunen zukünftig mehr an den Steuereinnahmen des Landes Niedersachsen zu beteiligen.

Es ist eine wichtige Aufgabe der Landräte und Bürgermeister, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen. Das Land Niedersachsen darf seinen Haushalt nicht weiter auf Kosten der Kommunen sanieren oder damit rein ideologische Projekte finanzieren

Wir setzen uns zudem für die Abschaffung kommunaler Bagatellsteuern wie der Hundesteuer ein.

Wirtschaftsförderung

Zur Wirtschaftsförderung unserer Kreise ist es auch zukünftig wichtig, die Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern.

Bei der Förderung von Unternehmen fordert die AfD Cloppenburg – Vechta mehr Transparenz und Kontrolle über die verwendeten Mittel. Ein Förderprogramm ist wichtig, um die Auswirkungen der unverhältnismäßigen und überzogenen Energiepreise abzumildern, aber auch, um diese zeitlich zu begrenzen und die Marktkräfte wieder zu reaktivieren.

Die Verwaltungen müssen Konzepte erarbeiten, um die Innenstadt als Herz und Seele unserer Kommunen wieder zu beleben und Leerstände zu vermeiden.

Wir lieben unsere Heimat und unsere Umwelt

Unsere politischen Gegner verbreiten gerne das Narrativ, der Alternative für Deutschland seien Umwelt und Natur gleichgültig.

Aber wie könnte einem in seiner Heimat verwurzelten Menschen seine Umwelt gleichgültig sein?

Die Wahrheit ist: Wir setzen uns selbstverständlich für den Erhalt und die Bewahrung sowie den Schutz unserer Heimat und unserer Umwelt ein.

Es ist ein Gebot der Verantwortung, den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen.

Allerdings sind wir inzwischen die einzige Partei, die noch zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen abwägt und die Umweltschutz auch unter Vernunft- und Machbarkeitsaspekten betrachtet, anstatt rein ideologisch begründete, unerfüllbare Versprechungen zu machen.

[Wir treten für Klimarealismus statt Klimareligion ein.](#)

Klima bedeutet Wandel

Die Alternative für Deutschland nimmt selbstverständlich das sich wandelnde Klima wahr. Das Bundesverfassungsgericht hat unsere Verantwortung für zukünftige Generationen bestätigt.

Doch die Frage ist das wie!

Wir setzen uns für einen Weg der Innovationen und des technologischen Ideenwettbewerbs zur Reduktion von CO₂ ein, anstatt planwirtschaftlicher Instrumente und einer Verbotspolitik.

Das deutsche Ingenieurwesen wird bei den richtigen Anreizen Lösungen finden.

Dies gilt es auch auf kommunaler Ebene umzusetzen. Wir brauchen Innovation und neue Ideen anstatt Verbote und Verzicht.

Umweltschutz am Bau

Die Sanierung von Altbauten begrüßen wir, wenn Eigentümer sich freiwillig dazu entschließen, ihre Immobilien auf eigene Kosten energetisch zu modernisieren.

Wir sprechen uns daher für eine moderate Weiterführung von Beratungsprogrammen aus. Die Förderung von Sanierungsmaßnahmen möchten wir beenden. Denn damit werden tendenziell vermögendere Immobilienbesitzer bevorzugt, so dass auch diese Programme unsozial sind.

Die überzogenen Wärmestandards für Neubauten halten wir für unverhältnismäßig.

Fossile Energien

Wir sind von der Notwendigkeit wie auch von der ökologischen Vorteilhaftigkeit einer weiteren Nutzung fossiler Brennstoffe – vom hocheffizienten Benzin- oder Dieselmotor bis zum extrem schadstoffreduzierten modernen Kohlekraftwerk – überzeugt.

Denn nur mit diesen lässt sich eine sichere Energieversorgung, gerade bei langen und sehr kalten Winterphasen, wie es sie Anfang 2021 in Deutschland gab, gewährleisten.

Modernisierung der Klärwerke zu Biogasanlagen

Mit zusätzlichen Filtern wird aus gesundheitlichen Überlegungen heraus, eine weitere Stufe zur Entfernung der Rückstände von Hormonen, Medikamenten und zur Phosphatreduzierung ergänzt.

Kläranlagen müssen zu Biogasanlagen transformiert werden.

Damit kann man Klärwerke ergänzend nutzen als Energielieferanten für Strom und Wärme.

Innovatives Denken ist notwendig!

Moore & landwirtschaftliche Flächen

Grundwasserschutz

Grundwasserschutz fängt im eigenen Landkreis an. Wir haben im Landkreis Cloppenburg und Vechta Bohrbrunnen für Grundwasser in Augustendorf, Lohne und Holdorf mit einer Kapazität zwischen 3,5 bis 10 Millionen Kubikmetern Jahresleistung. Wir sind gegen eine Ausweitung der Kapazität im Alten Amt Lönigen um weitere 15 Millionen Kubikmeter, um das Wasser nach Hamburg oder Bremen zu verkaufen. Es bleibt für die heimische Landwirtschaft, Industrie und Privatperson keine Möglichkeit mehr, an Grundwasser zu kommen.

Wiesenvogelschutz

Bei den Vorträgen der Einrichtung „Ökologische Station Raddetäler“ hat man gesehen, dass die landkreiseigenen Flächen in einem katastrophalen Zustand sind. Die Population der Wiesenbrüter ging in den letzten 20 Jahren um 50 % zurück. Die Population der Wiesenbrüter auf anderen Flächen von Landwirtschaftlichen Betrieben war gleichbleibend bis steigend. Bei dem Fachwissen des Landkreises müssten die eigenen Flächen Leuchtturmobjekte sein. Wir von der AfD könnten unser Fachwissen dort einbringen, damit Leuchtturmobjekte entstehen.

Flächenverbrauch

Es muss sorgfältiger mit dem Kapital Fläche umgegangen werden. Wir bauen mit unmöglichen Bauauflagen und Vorschriften und haben deshalb einen hohen Flächenverbrauch. Siehe Windpark „Überhäsiges Viertel“ oder Baugebiet B213 Richtung Benstrup, wo Regenrückhaltebecken auf dem Berg gebaut werden. Die Industriegrundstücke dürfen nur zu 2/3 bebaut werden. Oder Ausgleichsmaßnahmen werden überzogen. Das kostet alles landwirtschaftliche Nutzfläche und die ist endlich und nicht unendlich.

Denkmalschutz

Die Ausgrabung auf Bauland (Eschböden) muss aufgegeben werden. Riesiger Aufwand und 2 Jahre Bauverzögerung für ein paar Porzellanscherben sind nicht zu rechtfertigen.

Moorwiedervernässung

Es gehört sehr viel Arbeit und Kapital dazu um Nutzflächen ertragreich zu gestalten. Es sind Ökosysteme und Biotope entstanden die aufeinander reagieren. Wenn Wasser im Moor nur aufgestaut wird, bekomme man keine Pflanzen wie Sonnentau Torfmoose oder andere moortypischen Pflanzen. Das einzige was passiert ist, dass die Flatterbinse wächst und die Bodenstruktur wird bei der Befahrbarkeit zerstört. Bewirtschaftung solcher Moorböden erfordert sehr viel Fingerspitzengefühl und Fachkenntnis und keine Ideologie.

Wir fordern den Ausbau der E233

Wir von der AfD Cloppenburg-Vechta fordern, den vierspurigen Ausbau der E233 zwischen der A31 und A1. Das entlastet die anliegenden Gemeinden spürbar von Staus und Schwerlastverkehr, was die Verkehrssicherheit deutlich erhöht. Gleichzeitig profitiert die lokale Wirtschaft enorm: Die effizientere Anbindung zwischen den Niederlanden und dem europäischen Autobahnnetz stärkt ansässige Unternehmen und wertet die Region als Logistikstandort nachhaltig auf.

Migration & Integration

Asyl ja - sofern berechtigt

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zum Recht auf (individuelles) Asyl im Sinne des Grundgesetzes. Wir kritisieren jedoch, dass das Asylrecht zu einem Instrument für eine massenhafte illegale Einwanderung umfunktioniert worden ist.

Die Alternative für Deutschland fordert eine Beendigung der Praxis der Duldung ausreisepflichtiger Ausländer.

Die Förderung von Migration lehnen wir ab

Zudem lehnen wir jegliche Resolutionen und Projektförderungen ab, die eine illegale Armutsmigration verstärken und damit Probleme vergrößern, anstatt sie zu lösen.

Wir sprechen uns somit klar gegen Selbstdeklarationen im Stile „sicherer Häfen“ für Flüchtlinge aus. Die Entscheidung über die Aufnahme von Flüchtlingen fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kreise.

Asyl ist vorübergehend

Integrationsmaßnahmen sind durch Fortbildungsmaßnahmen zu ersetzen, um die Migranten auf deren Rückkehr in die Heimatländer vorzubereiten. Denn Asyl bedeutet einen Schutz auf Zeit.

Minderjährige Flüchtlinge

Die Alternative für Deutschland fordert des Weiteren die obligatorische Überprüfung des Alters bei minderjährigen Flüchtlingen.

Damit soll einem Missbrauch des besonderen Betreuungsaufwandes für minderjährige Flüchtlinge und den damit verbundenen exorbitanten Kosten vorgebeugt werden.

Auf Landesebene treten wir für konsequentere Abschiebungen ausreisepflichtiger Ausländer ein, wie auch für die Einhaltung der im Art. 16a des Grundgesetzes genannten Voraussetzungen.

Transparenz der Kosten

Die Verwendung von Geldern für Integrations- und Förderprojekte sollte zukünftig übersichtlich und transparent in den kommunalen Haushalt ausgewiesen werden.

Die Bürger haben ein Recht darauf, im Detail zu erfahren, welche Träger und Projekte in welchem Umfang unterstützt werden.

Eine Finanzierung rein ideologischer Projekte und Projektträger durch die Hintertür und ohne nennenswerten Effekt auf die Integration muss ausgeschlossen sein.

Bildung & Schule

Bewährtes bewahren und behutsam weiterentwickeln – verlässliche Schulen schaffen

Deutschlands Bildungs- und Schulpolitik war viele Jahrzehnte weltweit geschätzt. Das Wirtschaftswunder, aber auch die fruchtbaren Jahre danach, basierten unter anderem auf dem damaligen Bildungssystem. Dieses brachte Akademiker, Facharbeiter und innovationsfreudige Unternehmer hervor.

Doch spätestens nach den ersten PISA-Studien bekam dieses System Risse. Genau genommen fing alles noch früher an, und wir lebten schon jahrelang von der Substanz des Erreichten.

Schulpolitik ist Ländersache. Das Ergebnis ist ein verwirrender Flickenteppich von unterschiedlichen Anforderungsprofilen. Dadurch haben dieselben Schulabschlüsse verschiedener Bundesländer unterschiedlichen Wert. Gleiches gilt für Studiengänge.

Die AfD steht für den Erhalt und den Ausbau des bewährten mehrgliedrigen Schulsystems, das den Kindern vielfältige Bildungswege, auch wegen seiner Durchlässigkeit auf unterschiedlichen Ebenen, eröffnet. Wir bevorzugen Schulformen, die Wahlmöglichkeiten entsprechend der Leistungsfähigkeit und Begabung der Kinder bieten. Je differenzierter ein Schulsystem ist, desto sozialer und gerechter ist es. Ein Unterricht mit gleicher Leistungsfähigkeit bietet Schülern klare Regeln und Orientierung und vereinfacht die Arbeit der Lehrer bei der Vorbereitung, Betreuung und Notenvergabe. Vor allem können Lehrer sich bei dieser Schulform auf die Vermittlung von Lerninhalten konzentrieren.

Wir fordern zudem, dass an allen Grundschulen die gleichen Bildungsstandards gelten und auf individuelle Bildungsexperimente, wie etwa eine Abschaffung von Noten oder Clusterunterricht, verzichtet wird. Einen flächendeckenden und ideologisch motivierten Ausbau von Gesamtschulen zu Lasten aller anderen Schularten lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir die Inklusion als generellen Ersatz für sonderpädagogische und auf Behinderungen spezialisierte schulische Einrichtungen ab.

Eine "inklusive Beschulung" stellt Lehrer und Schüler vor unzumutbare Herausforderungen.

Dabei wird den Lehrern abverlangt, Unterrichtseinheiten verschiedener Schulformen gleichzeitig zu vermitteln. Nur da, wo es gleiche Unterrichtsziele gibt, kann sich aber auch ein gemeinsames Lernen herausbilden. Das bewährte System der Förder- und Sonderschulen, in denen spezielle Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden, gilt es darum, wieder herzustellen.

Eine inkludierende Beschulung ist aufgrund der Fürsorgepflicht nur dann zielführend und sinnvoll, wenn Kinder mit Behinderung oder Defiziten am regulären Unterricht teilnehmen können, ohne dadurch selbst überfordert zu sein und andere Kinder in ihrem Lernfortschritt zu hemmen. Ganztagsunterricht bedeutet in Wahrheit ab dem Nachmittag lediglich Betreuung und nicht Beschulung. Gerade jüngere Schüler können zudem nach sechs Stunden Unterricht und einer Mittagspause nicht mehr effektiv lernen. Eine Verpflichtung zur Teilnahme daran darf es deshalb nicht geben.

Kultur ist für uns Herzenssache

Als Alternative für Deutschland ist uns unser reichhaltiges, vielfach Jahrhunderte altes kulturelles Erbe eine Herzensangelegenheit. Das gilt für Musik, Theater und Museen bis zur Denkmalpflege. Neben den Klassikern schließt das auch zeitgenössische Werke mit ein.

Wir möchten sowohl den großen Institutionen wie auch kleinen Initiativen und der sogenannten „freien Szene“ gute Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Für Kulturförderung sollte sorgfältig mit dem Geld der Steuerzahler umgegangen werden. Dazu gehören auch eine gewisse Sparsamkeit und ein Abwägen.

Deutsche Sprache

Zur bewahrenswerten kulturellen Tradition gehört auch unsere deutsche Sprache. Das generische Maskulinum ist seit Generationen überliefert.

Wir lehnen die sogenannte gendergerechte Sprache ab und setzen uns dafür ein, auf diese in den Publikationen und im Schriftverkehr der öffentlichen Institutionen zu verzichten.

Kulturelle Tradition

Die reiche kulturelle Überlieferung unseres Landes mit Leben zu füllen und für die kommenden Generationen zu erhalten, ist nach unserer Überzeugung eine zentrale Aufgabe des Staates.

Die Finanzierung, Pflege und Instandhaltung unserer Kulturdenkmäler muss auch vor dem Hintergrund schwierigerer finanzpolitischer Rahmenbedingungen sichergestellt werden.

Verkehr & Bahn

Radwege

Die Nutzung des Fahrrads ist ein Gewinn für die Gesundheit und schont die Umwelt. Das erfordert jedoch gut ausgebaute Radfahrwege sowie deren kontinuierliche Pflege. Hereinragende Büsche und Fahrwege mit Wurzelschäden sind nicht akzeptabel.

Wir wollen die Kommunen in die Lage versetzen, dieser Aufgabe nachzukommen. Denn der Zustand der Radwege ist deutlich verbesserungsbedürftig. Neben dem Neubau oder Ausbau von Radwegen dürfen die vorhandenen Fahrradwege nicht vernachlässigt werden. Im Verlauf des Winters entstandene Schlaglöcher oder andere Schäden müssen jeweils schnellstmöglich beseitigt werden.

Die AfD fordert, bestehende Radwege zu verbessern, um Unfälle wie auch Schäden an den Fahrrädern zu vermeiden.

Wir lehnen es jedoch ab, Geld in Sonderprojekte wie „Rad-Schnellwege“ für Langstreckenverbindungen zu investieren, weil dies nur einem kleinen Teil der Radfahrer zugutekommt. Außerdem würde dadurch vielfach anderer Verkehr verdrängt, was zu Negativeffekten für Anwohner und Einzelhandel führt.

Straßen

In den Kommunen der Kreise Cloppenburg und Vechta ist der Zustand der Straßen teilweise desaströs, der Straßenkörper ist von Überlastung und Frostschäden gezeichnet. Reparaturen werden nur unzureichend ausgeführt.

Die AfD fordert eine zügige Instandsetzung der Straßen und den Ausbau der Straßennetze. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch Fahrrad und Fußwege mitgeplant werden. Außerdem fordern wir ausreichend Parkplätze zur Entspannung der Parksituation

Busse

Neben dem Individualverkehr wollen wir den ÖPNV weiter unterstützen und ausbauen.

Für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Rad, Auto und Bus

Eine Verbotskultur gegen den Individualverkehr lehnen wir ab. Die Nutzung von Fahrrad und Bus muss freiwillig bleiben, soll aber durch kommunale Maßnahmen unterstützt werden.

Öffentliche Sicherheit & Ordnung

Polizei

Niedersachsens Polizei braucht die volle Rückendeckung durch die Politik. Eine Bloßstellung und Herabwürdigung der Beamten nach Einsätzen gegen Gewalttäter darf es nicht geben. Einsatzkritik sollte intern erfolgen und nicht über die Medien verbreitet werden.

Die AfD Cloppenburg - Vechta setzt sich für mehr Präsenz von Ordnungskräften an neuralgischen Punkten in den Abendstunden ein, um den Bürgern eine höhere Sicherheit zu geben.

Extremismus lehnen wir ab

Die Alternative für Deutschland ist ein überzeugter Verfechter der freiheitlich - demokratischen Grundordnung. Deshalb stellen wir uns gegen jegliche Feinde der Demokratie, seien es ideologische und religiöse Fanatiker, kriminelle Einzeltäter oder Banden. Aus diesem Grunde lehnen wir Rechtsextremismus genauso entschieden ab, wie Linksextremismus.

Die sogenannte Antifa agiert mit faschistischen Methoden.

Gewalttätige linksextreme Aktivitäten, vielfach von der sogenannten Antifa und anderen linken Gruppen ausgehend, sind in ihrer Ausrichtung vielfach faschistisch und deshalb entschieden abzulehnen. Die mangelnde Abgrenzung der Altparteien von diesen faschistischen Methoden halten wir für sehr bedenklich und gefährlich.

Bauen & Wohnen

Mehr Wohneigentum

Deutschland besitzt im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern eine sehr niedrige Wohneigentumsquote.

Wir möchten diese Quote erhöhen, indem wir den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses auch für den Normalverdiener und junge Familien erleichtern.

Wohnen in Niedersachsen und insbesondere im Oldenburger Münsterland muss auch bei geringerem Einkommen wieder leichter finanzierbar sein. Wir setzen uns daher für bezahlbare Mieten ein.

Neben dem Verkauf städtischer Baugrundstücke halten wir auch die Möglichkeit der Erbpacht als Maßnahme zur Förderung von Wohneigentum für geeignet.

Wohnen im Alter

Alternative Wohn- und Betreuungsformen werden mit steigendem Anteil alter Bürger immer wichtiger. Dabei müssen die durch das sinkende Rentenniveau reduzierten finanziellen Möglichkeiten der zukünftigen Rentner bedacht werden.

Wir unterstützen daher die vielfältigen Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu führen.

Sie reichen vom Wohnen zu Hause mit Unterstützung, etwa dem betreuten Wohnen, wie generationsübergreifendes Wohnen, Seniorenhausgemeinschaften, Seniorenwohngemeinschaften und ambulant betreute Wohngemeinschaften bis hin zu teil- und vollstationären Einrichtungen.

Schutz des Einfamilienhauses

Ein Verbot für den Bau von Einfamilienhäusern, wie bereits in Hamburg durch die links-grüne Regierung beschlossen, sehen wir als Bevormundung und einen tiefen Eingriff in die Eigentums- und Freiheitsrechte.

Auch wenn solches im Oldenburger Münsterland glücklicherweise bislang noch nicht diskutiert wurde, erklären wir hier schon klar, dass wir eventuelle derartige Bestrebungen entschieden ablehnen.

Bauen erleichtern

[Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine deutliche Senkung der Grunderwerbssteuer ein!](#)

Zudem verteuern immer neue Vorschriften und überzogene, zweifelhafte Umweltstandards den Neubau von Wohnungen. Diese Bürokratie ist abzubauen!

Altbausanierung

[Wir sprechen uns für die energetische Sanierung von Altbauten aus. Dabei darf es kein Zeitlimit geben.](#)

[Wir positionieren uns aber klar gegen weitere unsinnige Vorschriften für Alt- und Neubauten.](#)

Gesundheit und medizinische Versorgung

Krankenhäuser

Wir setzen uns für alle Krankenhäuser im Oldenburger Münsterland ein. Grundsätzlich sind keine Überkapazitäten vorhanden. Die Auslastungszahlen sprechen dafür, dass jedes der Häuser einen wichtigen Teil zur guten medizinischen Versorgung der Bevölkerung beiträgt. Dies gilt es weiterhin zu erhalten.

Wiedereröffnung der Geburtsstation Friesoythe

Die Wiedereröffnung der Geburtsstation in Friesoythe ist ein großer Gewinn für die Region, da sie werdenden Eltern durch kurze Wege und eine vertraute Atmosphäre mehr Sicherheit und weniger Stress bietet. Gleichzeitig stärkt die wohnortnahe Geburtshilfe die lokale Identität und macht die Stadt als Lebensmittelpunkt für junge Familien wieder deutlich attraktiver.

Gesundheitsversorgung ist Staatsaufgabe

Der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung ist eine der Kernaufgaben des Staates. Gesundheit darf nicht an ökonomischen Zielen gemessen werden und deshalb sollte ein Krankenhaus nicht allein auf Gewinnerzielung ausgerichtet sein.

Kontrolle und Aufsicht der Krankenhäuser sollten durch Experten anstatt durch noch mehr Politiker ausgeführt werden. Nicht Parteibuch, sondern Qualifikation und Befähigung sollten dabei entscheidend sein.

Bürgerbeteiligung & direkte Demokratie

Mehr Bürgerbeteiligung!

Eine möglichst weitgehende Beteiligung der Bürger an den politischen Prozessen und Entscheidungen auf allen staatlichen Ebenen ist der Alternative für Deutschland ein besonders wichtiges Anliegen. Um das zu erreichen, braucht es auch entsprechendes Engagement der Bürger.

Die formellen Anforderungen an Bürgerbegehren können wir als Kommune nicht ändern. Aber Rat und Verwaltung können auf freiwilliger Basis den umgekehrten Weg gehen und die Bürger über Befragungen stärker an der politischen Willensbildung beteiligen. Denn zunehmende, auch größere Demonstrationen in den vergangenen Monaten für unterschiedlichste Ziele zeigen, dass es ein großes politisches Interesse bei einer Vielzahl von Menschen gibt.

Mit der Aufforderung an die Verwaltungen und die Bürgermeister sowie mit Anträgen im Rat und in Ausschüssen wollen wir uns künftig noch intensiver und engagierter dafür einsetzen, dass das Wort der Bürger öfter gehört wird und ein größeres Gewicht bei kommunalpolitischen Entscheidungen bekommt.

Die deutliche Stärkung der direkten Demokratie ist für uns ein Muss.

Als „Partei des gesunden Menschenverstandes“ setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger. Wir stehen im Geiste der Aufklärung. Die Wissenschaft steht über der Ideologie. Wissenschaft ist auch immer kritisch. Vor allem aber ist Wissenschaft niemals endgültig abgeschlossen.

Städtische Betriebe & Verwaltung

Gleichberechtigung statt Gleichstellung

Die AfD Cloppenburg - Vechta lehnt eine Frauenquote in Behörden entschieden ab. Frauen sind bereits stark vertreten und die Gleichstellungsstelle garantiert seit langem ein faires Auswahlverfahren. Eignung, Leistung und Befähigung sollten bei Personalentscheidungen unabhängig von Geschlecht oder Parteizugehörigkeit allein ausschlaggebend sein.

Schlanke Verwaltung

Wir wollen den Umfang des öffentlichen Dienstes auf das erforderliche Mindestmaß beschränken und den jahrelangen und unverhältnismäßigen Aufwuchs der Verwaltung begrenzen sowie möglichst zurückführen. Strukturen und Prozesse der Verwaltung sind darauf auszurichten, das Leistungsangebot vor dem Hintergrund knapper werdender Mittel zu erhalten.

Möglichkeiten der Digitalisierung sollen vollumfänglich genutzt werden, um Kosten zu sparen und um Verwaltungsvorgänge für Bürger und Unternehmer zu vereinfachen.

Es sind die Bürger, die den öffentlichen Dienst bezahlen. Daher haben sie einen Anspruch auf schlanke und effiziente Verwaltungsstrukturen.